Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Ukraine
2. Europawahl: Die Hoffnung aus Athen
3. Simon Johnson: Die Zukunft des vereinnahmten Staates
4. Richter wollen Erb-Trickserei beenden
5. Mindestlohn: Weder armutsfest noch impulsgebend für die Lohnentwicklungen
6. "Kein Traumergebnis"
7. Umgang mit sexuellem Missbrauch: Jenseits von Populismus und Boulevard-Schlagzeilen
8. Privatisierung und Kommerzialisierung im deutschen Gesundheitssystem – Ein Überblick
9. Heribert Prantl: Gefängnis der Alten
10. Die USA beerdigt die Netz-Neutralität
11. Nach dem Fabrikeinsturz in Bangladesch – Angst vor dem Imageverlust
12. Mit dem Anpfiff ist Zahltag!
13. WM in Katar fordert Tote: Ausbeutung hinter Glitzerfassaden
14. TV-Tipp: Mit der Hightech-Brille zum Straftäter? – Google Glass in der Kritik
15. Zu guter Letzt: Kinder verlieren das Interesse an sportlichem Wettkampf

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Ukraine**
   a. **Maybrit Illner – Putin – die Rache des Gedemütigten**
   Bei Maybrit Illner sind sich die Gäste einig in ihrer Kritik an den Versäumnissen des Westens in der Ukraine – und im Glauben daran, dass Deeskalation das Gebot der Stunde ist…
   Aber was wird nun aus dem Land, fragte die wie immer gut vorbereitete Gastgeberin? Kujat forderte, der Westen müsse sich aus seinem Sessel lösen, und mit Sanktionen schadete man sich nur selbst. Bislang habe man kein Krisenmanagement erlebt, sondern die Bankrotterklärung der Politik. Nun müsse man mit Russland auf Augenhöhe reden, etwa im Nato-Russland-Rat. Gut

gebrüllt, General, doch der Rat liegt derzeit „auf Eis“, wie er selbst sagte. Marina Weisband will einen „vernünftigen Vertragsentwurf“ und wünscht, dass die Amerikaner sich raushalten… Matthias Platzeck, einst als Deichgraf an der Oder zu Ruhm und Posten gekommen, wurde konkret: Man solle die Wahlen verschieben, sich zusammensetzen und Interessen suchen, die stabilisierend wirkten, etwa die Reparatur der Gasleitungen. Denn überdies braucht die Ukraine Geld, inzwischen wird von 20 Milliarden gesprochen (nachdem das Abkommen mit der EU seinerzeit an einer wesentlich niedrigeren Summe gescheitert war).
Quelle: FR

b. **Harald Kujat: Putin braucht ein Angebot**
Es ist Aufgabe des Westens, Russland jetzt zurück an den Verhandlungstisch zu zwingen. Und das gelingt nur, wenn er Wladimir Putin ganz konkrete Angebote macht.
Russlands Präsident muss sich sicher sein: Die Ukraine wird nie Nato-Partner! Und er muss auch verstehen, dass der Westen nicht auf die staatliche Einheit der Ukraine verzichten wird.
Um das zu klären, sollte der Westen den Nato-Russland-Rat wiederbeleben – und zwar ohne Beteiligung der Ukraine! Nur dann wird Putin mit sich reden lassen. Säbelrasseln und Sanktionen sind keine Alternative. Und Krieg erst recht nicht.
Quelle: Bild.de

Anmerkung WL: *Eine bemerkenswerte Stellungnahme eines ehemaligen Generalinspekteurs der Bundeswehr und Chefs des Nato-Militärausschusses und das in der Bild-Zeitung, die in der gleichen Ausgabe eine Landkarte mit dem militärischen Potential der gegenüber stehenden Streitkräfte abdruckte, wie wir das seit dem „Kalten Krieg“ nicht mehr kannten.*

c. **Journalistische Berichterstattung über Russland: Ein weiterer großartiger Sieg**
Mit der Transkription des ZAPP-Interviews mit Gabriele Krone-Schmalz.
Die Frage nach der Qualität der Berichterstattung bleibt allerdings.
Die war vor Monaten schon mies, ließ im Lauf der Ereignisse stark nach, um sich dann noch weiter zu verschlechtern. Ein Armutszeugnis für die sogenannte Qualitätspresse.
Die überwiegende Mehrheit des Publikums scheint diese Einschätzung geteilt zu haben. Verfolgt man Leserbriefe und andere Reaktionen auf die tendenziöse Berichterstattung, wird klar, dass es nicht gelang, die verordnete Botschaft

erfolgreich unters Volk zu bringen. Zu groß die Widersprüche, zu einseitig die Berichte. Ein weit verbreitetes Unbehagen darüber, dass es wohl »irgendwie falsch laufe«, aber nicht aus den kolportierten Gründen.
Quelle: Carta

2. **Europawahl: Die Hoffnung aus Athen**
Bei der Europawahl sind die Prognosen für linke Parteien günstig. Der Spitzenkandidat der Europäischen Linken, Alexis Tsipras hat es geschafft, europäische linke Parteien hinter sich zu vereinen. Für sie heißt das Feindbild Angela Merkel …
Quelle: jungle world
3. **Simon Johnson: Die Zukunft des vereinnahmten Staates**
Bedenken über die Vereinnahmung des Staates sind nichts Neues. In vielen Ländern haben Partikularinteressen einen unangemessenen Einfluss auf die offiziellen Entscheidungsträger, und die Regulierungsstellen sind immer anfällig dafür, die Welt durch die Brille derjenigen zu sehen, deren Aktivitäten sie eigentlich beaufsichtigen sollen. Doch der Aufstieg des Finanzsektors in den Industrieländern wirft ein neues, viel grelleres Licht auf diese Probleme. Die globale Finanzkrise von 2007-2008 und die daraus folgende tiefe Rezession haben deutlich gemacht, dass der Finanzsektor in den USA und anderswo zu mächtig geworden ist. Seit den 1980er Jahren ist es zu einer Form von „kognitiver Vereinnahmung“ gekommen, in deren Rahmen die politischen Entscheidungsträger zu der Überzeugung gelangten, dass Innovation und Deregulierung die Funktionsweise der Finanzvermittlung und der Wirtschaft allgemein nur verbessern könnten. Die Krise bewies, dass das völlig falsch war und Millionen von Menschen enorme Kosten in Form von Arbeitsplatzverlusten, gestörten Lebensverläufen und zunehmender Not auferlegte. Im Jahr 2010 trat die Finanzregulierung in eine neue, sehr viel umkämpftere Phase ein – zumindest in den USA. Und doch ist die Debatte über diese Probleme noch immer nicht annähernd abgeschlossen. Die Frage ist inzwischen weniger eine unterschiedlicher Meinungen. Inzwischen geht es schlicht ums Geld – insbesondere um Wahlkampfspenden, aber auch um die Drehtür zwischen Washington und der Wall Street sowie um die enormen für die Megabanken eintretenden Interessen, die Millionen in Denkfabriken und andere, undurchsichtigere Organisationen stecken.
Außer in Großbritannien hat die extreme marktwirtschaftliche Sicht in Europa in den letzten Jahrzehnten weniger an Einfluss gewonnen als in den USA; trotzdem ist die Herausforderung, in der Eurozone Finanzreformen umzusetzen, tatsächlich noch größer. Die Regierungen betrachten ihre heimischen Banken als wichtige Käufer von Staatspapieren. Die Banken argumentieren, dass eine effektivere Regulierung die Kreditmenge begrenzen und das Tempo der wirtschaftlichen Erholung drosseln würde. Infolgedessen widersetzen sich die Behörden in Deutschland und Frankreich (und

auch in Japan) einer Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen, und dies trotz weit verbreiteter Einigkeit, dass diese ein wesentlicher Bestandteil einer wirksamen Neuregulierung ist. Ihr Widerstand hat die internationalen Bemühungen zum Aufbau eines widerstandsfähigeren Systems untergraben – und dürfte die Bemühungen behindern, die europäische Volkswirtschaft auf eine solidere Basis zu stellen. Anders ausgedrückt: Wichtige europäische Länder haben sich von den Finanzinteressen genauso sehr vereinnahmen lassen wie der amerikanische Staat in seinen schlimmsten Tagen. Und die US-Großbanken versuchen jetzt (z.B. im Rahmen der laufenden Freihandelsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und den USA), das langsame Tempo des Wandels in Europa gegenüber der US-Politik als Bremse einsetzen.
Quelle: Project Syndicate

Anmerkung Orlando Pascheit: *In der deutschen Kritik werden vor allem niedrige Regulierungsstandards in den USA gegen das transatlantische Freihandelsabkommen in das Feld geführt. Peinlich, dass der die Wall Street in einer Problematik, die weit über das berühmte Chlorhähnchen hinausgeht, die niedrigen Standards im europäischen Finanzsektor instrumentalisieren kann.*

4. **Richter wollen Erb-Trickserei beenden**
Wer keine Erbschaftssteuer zahlen wollte, konnte die Steuerpflicht bisher mit einem einfachen Trick umgehen. Dem will das Bundesverfassungsgericht nun einen Riegel vorschieben. – Selbst die Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht ist verblüfft, wie einfach man steuerfrei vererben kann. Auf ihrer Internetseite zum aktuellen Wirtschaftsrecht heißt es: „Die wohl verblüffendste Möglichkeit – ob ihrer Einfachheit steuerfrei zu vererben bzw. zu verschenken – (ist) die Cash-GmbH.“ Ein Beispiel: Ein vermögender Erblasser legt Festgeldkonten, Sparverträge oder Bargeld im Wert von zwei Millionen Euro in eine von ihm gegründete GmbH ein. Das Geld gilt dann als Betriebsvermögen. Folge: Nur 15 Prozent, also 300 000 Euro, werden als Wert für die Erbschaftssteuer angesetzt. Einzige Voraussetzung: Die GmbH muss nach dem Erbfall fünf Jahre lang gehalten werden. Zinsgewinne kann der Erbe in dieser Zeit aber schon entnehmen.
Quelle: FR

Anmerkung Orlando Pascheit: *Darf man vielleicht erfahren, welche externen Steuerfachanwälte für das Finanzministerium das Gesetz (2009) entworfen haben?*

5. **Mindestlohn: Weder armutsfest noch impulsgebend für die Lohnentwicklungen**
   Selbst fortschrittliche Ökonomen wie Hickel und Hirschel feiern den Mindestlohn quasi als Ende des neoliberalen Zeitalters in Deutschland, dabei ist das Ergebnis in Hinblick auf über 15 Jahre Lohnzurückhaltung makroökonomisch betrachtet eine Bankrotterklärung. Eine eher willkürlich gewählte Mindestlohnhöhe von 8,50 Euro, die sich nicht aus Eigenschaften der aktuellen Einkommensverteilung (Anteil am mittleren/durchschnittlichen Lohn) herleitet oder zumindest automatisch um die jeweilige Inflationsrate anwächst. Die Gewerkschaften hätten die geschärfte öffentliche Aufmerksamkeit zum Thema nutzen können, um über Festlegungskonzepte für den Mindestlohn den Menschen die Notwendigkeit steigender Löhne zu verdeutlichen und Druck auf die Parteien auszuüben, den Mindestlohn regelmäßig automatisch anzupassen1, anstatt sich für jede Steigerung in einen Verhandlungsmarathon innerhalb einer Kommission begeben zu müssen. Das dauerhafte Festhalten an 8,50€2 des DGB seit Mai 2010 wirkt inkonsequent und letztlich verblödend auf die Bevölkerung, da dieser zur Einführung (1.1.2015) nur noch 7,50€3 Wert haben wird. Und bei der ersten Gelegenheit zu seiner Anpassung (1.1.2018) real nur noch bei 7,28€4 liegen wird. Bei rapide abfallender Tarifbindung, die 2012 bei 58%5 – 1995 waren es noch 76%6 – angekommen ist, wären Impulse von unten auf die Lohnentwicklung ungemein wichtig.
   Quelle: Maskenfall
6. **“Kein Traumergebnis”**
   Journalisten und Zeitungsverleger einigen sich: Nach elf Verhandlungsrunden und zahlreichen Streiks setzen sich beim neuen Tarifvertrag für Tageszeitungen überwiegend die Verleger durch. Die Journalisten-Gewerkschaften müssen Zugeständnisse machen, präsentieren aber trotzdem einen Erfolg…
   Durchgesetzt haben sich nun überwiegend die Verleger, zudem werden von der Einigung zahlreiche Redaktionen profitieren, die sich an den Streiks nicht beteiligt hatten. Die Verleger wollten unbedingt Kürzungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld durchsetzen, die Gewerkschaften – Verdi und der Deutsche Journalistenverband (DJV) – hatten ein Gehaltsplus von 5,5 Prozent verlangt, und zwar für ein Jahr. Nun bekommt ihre Klientel ein Plus von insgesamt vier Prozent, allerdings bei einer Laufzeit von 29 Monaten. DJV-Verhandlungsführer Kajo Döhring sagte, dies sei “kein Traumergebnis”, stellte aber die Einbeziehung der Online-Redakteure in den Tarif als Erfolg der Gewerkschaften heraus…
   Quelle: SZ
7. **Umgang mit sexuellem Missbrauch: Jenseits von Populismus und Boulevard-Schlagzeilen**

Beschämend lange sind die Kinderrechte missachtet worden, nun wird sexualisierte Gewalt als Problem endlich ernst genommen. Der Umgang mit den Fällen Edathy und Odenwaldschule zeigt: Der gesellschaftliche Lernprozess hat Fortschritte gemacht.
Quelle: SZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Sind tatsächlich Fortschritte gemacht worden? Hat nicht die Diskussion um den Gesetzesentwurf zum unerlaubten Fotografieren nackter Kinder nicht auch manches verdeckt? Im Zuge der Pädophilie-Initiative in der Schweiz, welche für pädophilen Täter, welche mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, ein lebenslanges Berufsverbot anstrebt, wird ein solches Verbot zwar mehrheitlich als sinnvoll erachtet, aber Kritiker wenden ein, dass dieses Verbot viel zu kurz greift. So geht z.B. aus der Statistik des Kinderspitals Zürich hervor, dass die meisten Fälle von Kindesmisshandlung nicht durch Fremdpersonen verübt werden, sondern durch Eltern, Familienmitglieder und weitere Bekannte: "Auf der Notfallstation werden durchschnittlich rund 35 000 Kinder pro Jahr eingeliefert. Ungefähr 40 Prozent von ihnen sind verletzt. 2013 waren davon 277 Kinder nachweislich von Kindsmisshandlung betroffen. In 71 Fällen handelte es sich um sexuelle Ausbeutung, in 97 Fällen um körperliche Misshandlung, in 70 Fällen um psychische Misshandlung, und in 39 Fällen wurde ein Kind von seinen Eltern vernachlässigt." (NZZ) Genauso wie in der Diskussion um Nacktfotos von Kindern wie auch in der Diskussion um Missbrauch am Arbeitsplatz, wird leicht übersehen, dass die meisten Übergriffe an Kinder im Privaten und nicht unbedingt durch Pädophile stattfinden.*
Über den sexuellen Missbrauch mit Kindern hinaus, hat eine Analyse des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zur Strafverfolgung bei Sexualdelikten ergeben: "Vor 20 Jahren erlebten 21,6 Prozent der eine Anzeige erstattenden Frauen die Verurteilung des Täters. 2012 waren es nur noch 8,4 Prozent. Doch das Hauptproblem wird erst in einem aktuellen Ländervergleich erkennbar. Damit hierfür ausreichend große Zahlen zur Verfügung stehen, haben wir die 16 Bundesländer zu sechs Gruppen (A-F) zusammengefasst und zusätzlich das Doppeljahr 2011/12 zugrunde gelegt. Der Anteil der Fälle, in denen eine Vergewaltigungsanzeige zur Verurteilung eines Täters geführt hat, reicht dann im Vergleich der sechs Ländergruppen von 4,1 Prozent (A-Länder) bis zu 24,4 Prozent (F-Länder). … Die Entscheidung der für die Opferentschädigung zuständigen Behörden, einer Frau nach einer Vergewaltigungsanzeige beispielsweise eine Traumatherapie zu finanzieren, orientiert sich faktisch am Ausgang des Strafverfahrens. Die Erfolgschancen der Frauen unterscheiden sich deshalb im Vergleich der Ländergruppen ebenfalls um etwa das Sechsfache. Gleiches gilt im Hinblick auf das Risiko der betroffenen Frauen, in ihrem sozialen Umfeld aufgrund einer gescheiterten Anzeige als Verliererin oder gar

als Lügnerin dazustehen. All dies sollte nicht weiter hingenommen werden. Es erscheint dringend geboten, im Wege einer empirischen Untersuchung aufzuklären, warum die Verurteilungsquote der Vergewaltigung derart stark gesunken ist und aus welchen Gründen im Vergleich der Bundesländer diese extremen Unterschiede der Strafverfolgung auftreten." (Presserklärung [PDF]) – Nicht nur die Tatsache an sich, dass die Verurteilungsquote bei Vergewaltigung so stark gesunken ist, sondern die geringe Öffentlichkeit, die die diese Meldung erfährt ist ein Skandal.

8. **Privatisierung und Kommerzialisierung im deutschen Gesundheitssystem – Ein Überblick**
   Privatisierung und Kommerzialisierung des Krankheitsrisikos ist das Leitmotiv nicht nur der deutschen Gesundheitspolitik. Die Absicherung des Krankheitsrisikos wird als private Angelegenheit betrachtet, ebenso wird das Leistungsgeschehen zunehmend von einer sozialen Infrastrukturaufgabe in ein kommerzielles Angebot umdefiniert. In der praktischen Politik findet sie sich in allen Ebenen und soll im Folgenden an drei Beispielen verdeutlicht werden.
   Die Pflegeversicherung ist als „Teilkaskoversicherung" konzipiert und kann nur dem Anspruch einer Grundsicherung gerecht werden. Gleichzeitig ist, trotz der besonderen Bedeutung der Langzeitpflege das Angebot für Pflegeeinrichtung angesichts der geringen Regulierungstiefe durch private Anbieter dominiert und seit 15 Jahren das ausgabendynamischste Segment unter allen Gesundheitsausgaben. Die Krankenhausversorgung wird durch die Einführung eines allgemeinen Preissystems zu Lasten der Patienten und entgegen des Selbstverständnisses vieler Gesundheitsprofis zu einem erwerbswirtschaftlichen Markt weiter entwickelt. Der Wettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung verwandelt Versicherte in Versicherungsrisiken. Komplexe Regelungen, wie der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) versuchen zwar die dem Marktwettbewerb eigenen Selektionsmechanismen zu begrenzen, können ihn aber weder theoretisch noch praktisch einschränken.
   Quelle: attac
9. **Heribert Prantl: Gefängnis der Alten**
   Es gibt Zustände im deutschen Pflegesystem, die zum Himmel schreien, doch der Gesetzgeber hat bisher nichts unternommen. Die vom Sozialverband VdK angekündigte Verfassungsbeschwerde ist eine Art Notwehr. Nicht nur im Dienste pflegebedürftiger Menschen, sondern für die ganze Gesellschaft.
   Das deutsche Pflegesystem verletzt die Grundrechte von Pflegebedürftigen. Diese Erkenntnis ist nicht neu; sie findet sich in Dokumentationen, die der Gesetzgeber selbst in Auftrag gegeben hat. Aber getan hat der Gesetzgeber bisher – nichts. Der Personalschlüssel in den Altenheimen ist seit 15 Jahren unverändert. Strafgefangene

haben de facto mehr Rechte als alte Menschen.
Quelle: SZ

10. **Amerika beerdigt die Netz-Neutralität**
Kostenpflichtige Überholspur: Amerikanische Internet-Provider sollen künftig Netflix, Google und Co. für bessere Verbindungen zur Kasse bitten können. Der überraschende Vorstoß könnte die digitale Welt im Mutterland des Netzes grundlegend verändern.
Quelle: SZ

Aber:

Warum Gleichheit im Netz Freiheit bedeutet
Quelle: SZ

– und eine Konferenz verhandelt das **Internet nach Snowden**
Quelle: FR

11. **Nach dem Fabrikeinsturz in Bangladesch – Angst vor dem Imageverlust**
Seit Februar werden in Bangladesch Textilfabriken auf ihre Sicherheit hin überprüft. Einigen droht die Schließung, vielen NäherInnen die Arbeitslosigkeit…
Im vergangenen Jahr exportierte Bangladesch Kleidung im Wert von fast 20 Milliarden Dollar. Der Anteil an den Exporteinnahmen betrug rund 80 Prozent.
Nach Schätzungen von Experten ist etwa jede zehnte Fabrik im Land unsicher und müsste geschlossen werden. Aber es ist zweifelhaft, dass diese bei den jetzigen Inspektionen gefunden werden, denn unter den Exportfabriken dürfte ihr Anteil eher gering sein. „Ich glaube – und hoffe –, dass wir nicht mehr als 50 Fabriken schließen müssen“, sagt Mahmud Hassan Khan, Vorstandsmitglied im Verband der Textilexporteure BGMEA.…
In Bangladesch wird nun befürchtet, dass einige hundert Fabriken schließen könnten und damit zigtausend Menschen arbeitslos werden. Doch sowohl Fabrikbesitzer als auch Gewerkschafter machen sich darum wenig Sorgen. „Die Branche hat zu jedem Zeitpunkt einen hohen Bedarf an ausgebildeten Arbeitskräften“, sagt Babul Akhter, Chef der Gewerkschaft BGIWF. Er sei zuversichtlich, dass die NäherInnen auch anderswo unterkommen.
Quelle: taz

Dazu:

So billig kommt ihr nicht davon – Proteste für Entschädigung von Rana Plaza

Opfern
Anlässlich des Jahrestages des Fabrikeinsturzes von Rana Plaza in Bangladesch protestieren AktivistInnen des INKOTA-netzwerk im Verbund mit anderen Organisationen heute in Berlin für die Entschädigung der Opfer. Auch ein Jahr nach der Katastrophe fehlen immer noch 25 Millionen US-Dollar im von der internationalen Arbeitsorganisation ILO kontrollierten Entschädigungsfonds. Firmen wie KiK, NKD, Güldenpfennig, KANZ/ Kids Fashion Group, Adler Modemärkte, C&A und Benetton, denen Produktionsbeziehungen zu Rana Plaza nachgewiesen werden konnten, sind aufgefordert Verantwortung zu übernehmen und substantielle Beiträge in den Fonds einzuzahlen.
Quelle: INKOTA Netzwerk

12. **Mit dem Anpfiff ist Zahltag!**
Brasiliens Fußballkolumnist Juca Kfouri über die explosive Stimmung rund um die Fußballweltmeisterschaft…
Brasilien begeht geradezu ein Verbrechen gegen sich selbst, indem es die WM auf diese Weise organisiert. Es ist gerade dabei, die Fehler Südafrikas zu wiederholen: Stadien zu bauen, die danach nicht mehr gebraucht werden. In Brasília, Manaus, Cuiabá und Natal gibt es keine Mannschaften, die das rechtfertigen würden…
Mich irritiert schon der Name Arena – wie im alten Rom, als Löwen auf Christen losgelassen wurden! Diese Stadien werden für die Reichen gebaut. Während der Militärdiktatur (1964-85) wurde für Brasilien der Name »Belíndia« geprägt, eine Mischung aus dem Lebensstandard in Belgien und dem der meisten Inder. Die WM hier wird für die »belgische« Seite Brasiliens gemacht, die »Inder« verfolgen sie im Fernsehen…
Tja, unter Lula (Präsident 2002-2010) und Dilma Rousseff (Präsidentin seit 2011), beide von der linken Arbeitspartei PT – das ist der Widerspruch. Und daran soll die Weltfußballvereinigung FIFA schuld sein. Ich habe wirklich keinerlei Sympathien für die FIFA, aber sie wird hier für Dinge verantwortlich gemacht, für die sie einfach nichts kann. Sie wollte mindestens acht Stadien und hatte zehn akzeptiert, doch Brasilien erfand zwölf, verstehen Sie?…
Quelle: ND
13. **WM in Katar fordert Tote: Ausbeutung hinter Glitzerfassaden**
„Amnesty International (AI) hat in einem neuen Bericht die Situation von Hausangestellten in Katar untersucht und kommt zu einem niederschmetternden Resultat. Mit falschen Versprechungen punkto Gehältern und Arbeitsbedingungen würden asiatische Migrantinnen ins Land gelockt, um sich dort der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgeliefert zu finden. «Ausländische Hausangestellte werden in Katar

gnadenlos ausgebeutet, leisten Zwangsarbeit und haben keine rechtlichen Möglichkeiten, um sich gegen körperliche und sexuelle Gewalt zu wehren», schreibt die Menschenrechtsorganisation. Die Frauen dürften
das Haus nicht verlassen, manche von ihnen arbeiteten bis zu 100 Stunden pro Woche, ohne einen freien Tag. Gehälter würden oft zu spät oder gar nicht bezahlt. Der Zuschlag zur Austragung der Fußball-Weltmeisterschaft von 2022 rückte Katar ins Scheinwerferlicht. In Verruf kam der Golfstaat wegen der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen der Migranten beim Bau der Anlagen, welche schon Hunderte von Gastarbeitern das Leben gekostet haben. Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften waren schon lange darauf erpicht gewesen, auf systemische Missstände im reichsten
Land der Welt aufmerksam zu machen…
Quelle 1: NZZ
Quelle 2: Meldung bei Amnesty International
Quelle 3: Der vollständige englischsprachige Amnesty-Bericht [PDF]

14. **TV-Tipp: Mit der Hightech-Brille zum Straftäter? – Google Glass in der Kritik**
Ungenehmigte Bild- und Tonaufnahmen – mit der neuen Multimedia-Brille von Google theoretisch kein Problem. Doch Rechtsexperten und Datenschützer warnen: Mit Google-Glass können Strafrechtsverstöße und Bespitzelung bald zum Massenphänomen werden. Nicht durch Geheimdienste, sondern durch die Bürger selbst.
Quelle: Do 24.04.2014 | 22:15 | Kontraste

Anmerkung N.B.: *Es ist drei vor zwölf: Wenn die Daten-Brillen dieses Jahr ungehindert und weitgehend unkommentiert auf den Markt kommen, können wir in 2015 keinen unbeobachteten Schritt mehr tun. Es betrifft also uns alle und nicht erst die Generation nach uns. Wer denken kann, darf sich nicht vor der Verantwortung drücken. Wenn nur jeder tausendste Deutsche sich solch ein Gerät anschafft, haben wir 80.000 mobile Kameras auf den Straßen.*
Es ist bekannt, dass Google die NSA auf Daten zugreifen lässt bzw. zugreifen lassen muss. Es ist bekannt, dass Tonaufnahmen, Fotos, Videos, biometrische Daten und Positionsdaten nicht mehr gelöscht werden können, sind sie erst einmal in der Google-Cloud mit den Abertausenden Speichermedien an Hunderten Orten in der USA, die niemand kennt (weil sich alle mit der Abschaffung der Demokratie schon abgefunden haben).
Die Geheimdienste können die Informationen von Handy-Nutzern und Daten-Brillen-Trägern verknüpfen und sie können sogar einen Daten-Brillen-Träger zu einem Ziel hin dirigieren, in dem sie ihm vorgaukeln, dort wäre ein Freund zu treffen oder ein

Schnäppchen zu erhaschen. Da sich die verschiedenen Spionage-Funktionen höchstwahrscheinlich bei keinem Modell hardwaremäßig mit einem Schalter ausschalten lassen, können Google und (=?) die Geheimdienste sie also ferngesteuert einschalten. Die naiven/dummen Daten-Brillen-Träger sind also Cyborgs von NSA und BND.

15. **Zu guter Letzt: Kinder verlieren das Interesse an sportlichem Wettkampf**
In Großbritannien geht die Angst um, das Land könne seinen Wettbewerbsvorteil verlieren, weswegen in den Schulen verstärkt auf Wettkampfsportarten gesetzt wird… Großbritannien ist das Land, in dem sich der Wirtschaftsliberalismus oder Kapitalismus zumindest ideologisch als erstes durchsetzte. Das freie Spiel des Wettbewerbs im Markt soll möglichst ohne staatliche Regeln vor sich gehen… Erschreckt wird gemeldet, dass nun Kinder heranwachsen, für die ein Sieg und damit der Kampf gegen die Konkurrenten zwar noch wichtig seien, aber dass sie auch darauf verzichten könnten. 84 Prozent von den tausend Befragten Schulkindern zwischen 8 und 16 Jahren finden es mithin wichtig, die Erfahrung des Gewinnens und Verlierens zu machen, aber 64 Prozent sagen, sie würden erleichtert, glücklicher, jedenfalls nicht beunruhigt sein, wenn der Wettbewerb keine Rolle mehr im Spiel haben würde…
Im konservativen Telegraph, der nach der Olympiade die Kampagne Keep The Flame Alive gestartet hat, stimmt man ein in den Kulturuntergang, sieht sogar das Land bedroht. Großbritannien laufe in Gefahr, so ein Artikel, “seinen Wettbewerbsvorteil zu verlieren, weil eine Generation von Kindern nicht mehr interessiert ist, auf dem Sportplatz zu gewinnen”.
Quelle: Telepolis